Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur: Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Bezug ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Bestellung halbjährlich 4 Mark vor dem Quartalsersten, wenn nicht anders vereinbart. Schutzgebühr für halbe Seite 10 Pfennig.

Berlin, den 1. März 1932.

Int. Instituut Soc. Geschiedenis Amsterdam

Trotzki gegen die KPD.

SPD. Die Kommunistische Internationale vertritt die These, dass es zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus keinen Unterschied gebe. Die letzte Plenarversammlung des Ekki hat ausdrücklich die liberale Konstruktion verurteilt, die einen Gegensatz zwischen Faschismus und bürgerlicher Demokratie, wie auch zwischen den parlamentarischen Formen der bürgerlichen Diktatur und den offen faschistischen Formen aufzeigen wolle. Sowohl die Kommunistische Internationale als auch die deutsche Kommunistische Partei kommen deshalb zu dem Schluss, dass gegen die Sozialdemokratie als den Hauptfeind bei den Wahlen der Hauptstoss geführt werden müsse.

Gegen den verbrecherischen Wahnsinn dieser Lehre wendet sich Leo Trotzki in einem demnächst erscheinenden neuen Buche, aus dem in der "Weltbühne" ein Kapitel im Vorabdruck erscheint. Selbstverständlich will er nicht die Haltung der Sozialdemokratie verteidigen, die er die Hauptvertreterin des parlamentarisch-bürgerlichen Regimes nennt und von der er behauptet, dass sie der Erschöpfung ihrer Mission nahe sei, aber mit bitterer Schärfe und herbem Hohn geht er der Philosophie Stalins und denen, die sie in Deutschland volkstümlich machen wollen, zuleibe.

Trotzki setzt auseinander, wie durch die faschistische Agentur das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums, die Banden deklassierter, demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen in Bewegung setze, die das Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt habe. Er weist darauf hin, wie die Faschisierung des Staates vor allem und hauptsächlich auf die Zertrümmerung der Arbeiterorganisationen hinauslaufe und er erinnert daran, dass vor einigen Jahren selbst das leitende Organ der Komintern von dem Faschismus in seiner italienischen Ausgabe gesagt habe, dass er jegliches Kompromiss mit der Sozialdemokratie verwerfe, sie wütend verfolge und aller legalen Existenzmöglichkeiten beraube.

Der Kritiker des Stalinschen Kommunismus legt dann weiter dar, welchen Wert die Arbeiterorganisationen besitzen und was ihre Zerstörung bedeuten würde. Wir zitieren wörtlich:

"Im Laufe vieler Jahrzehnte haben die Arbeiter innerhalb der bürgerlichen Demokratie, unter deren Ausnutzung und im Kampf mit ihr eigene Festungen, eigene Basen, eigene Herde der proletarischen Demokratie gebaut: Gewerkschaften, Parteien, Bildungsklubs, Sportorganisationen, Genossenschaften usw. Das Proletariat kann zur Macht nicht im formalen Rahmen der bürgerlichen Demokratie gelangen, sondern nur auf revolutionärem Wege: das ist durch Theorie und Praxis gleichermassen erwiesen. Aber gerade für den revolutionären Weg benötigt es die Stützpunkte der Arbeiterdemokratie innerhalb des bürgerlichen Staates. Auf die Schaffung solcher Punkte lief ja die Arbeit der Zweiten Internationale in jener Epoche hinaus, da sie noch eine progressive historische Arbeit versah. Der Faschismus hat zur grundlegenden und ein-

zigen Bestimmung: bis aufs Fundament alle Einrichtungen der proletarischen Demokratie zu zerstören."

Wir wollen uns hier mit Trotzki nicht auseinandersetzen, weder über seine Auffassungen von proletarischer und bürgerlicher Demokratie, noch über die Vergangenheit und die Gegenwart der Arbeit der Zweiten Internationale. Er spricht ja nicht sowohl zu uns als zu seinen ehemaligen kommunistischen Freunden, denen er die Gefahren klar machen will, die auch für sie und für ihre Zukunft von dem Faschismus drohen. Ihnen erklärt er, dass die, die keinen Unterschied zwischen Brüning und Hitler kennen wollen, in Wirklichkeit sagen: Ob unsere Organisationen noch bestehen oder ob sie bereits zertrümmert sind, ist ohne Bedeutung. Ihnen ruft er zu, dass sich hinter dieser scheinradikalen Phraseologie die niederträchtigste Passivität versteckt. Trotzkis Anklage gipfelt in dem Satz :

"Brüning mit Hitler zu identifizieren (gleichzustellen) bedeutet die Situation vor dem Kampfe mit der Situation nach der Niederlage zu identifizieren; bedeutet, im voraus die Niederlage als unvermeidlich zu betrachten; bedeutet, ohne Kampf zu kapitulieren."

Schärfer lässt sich die kommunistische Politik nicht kennzeichnen. Aber wir fürchten, dass zum mindesten bei den sogenannten Führern der Kommunistischen Partei Deutschlands die Warnrufe des einstmals vergötterten Trotzki kein anderes Echo finden werden, als dass man ihn aufs neue einen Gegenrevolutionär nennt, der es verdiene, mit Hitler, Brüning und der Sozialdemokratie in dieselbe Verdammnis gestossen zu werden.

SPD. Braunschweig, 1.März (Eig.Drahtb)

Die Bewilligung der Regierungsratstelle für Hitler führte am Dienstag im braunschweigischen Landtag zu schweren Tumulten.

Der Abgeordnete Sievers kritisierte zunächst in überlegener Weise die Schaffung der Regierungsratstelle, die den bürgerlichen Parteien viel Kopfzerbrechen gemacht habe. Als Dank für die Mitarbeit des Gesandten Boden habe man dessen Aufwandsentschädigung, die um 20 Prozent gekürzt werden sollte, erhöht. Das letzte Wort sei in dieser Angelegenheit noch nicht gesprochen. Wenn die Nationalsozialisten so sicher der Meinung seien, dass Adolf Hitler zum Reichspräsidenten gewählt würde, so sollten sie nur schnell die Stelle in Berlin mit einem neuen Mann besetzen, damit die Aufträge für die braunschweigische Wirtschaft in Mengen hereingeholt werden könnten.

Als der sozialdemokratische Abgeordnete Thielemann den Nazi-Minister Klagges an sein Wort erinnerte, dass ein Jahr nationalsozialistischer Mitregierung in Braunschweig genügt habe, um aus Braunschweig einen Staat der Ruhe und Ordnung zu machen, rief Klagges, Braunschweig habe heute einen Polizeiminister wie er sein müsse. Klagges, der die Rede des Abgeordneten Thielemann dauernd durch Zurufe zu stören versuchte, behauptete auch, dass Thielemann der Hauptschuldige an den in Braunschweig geschehenen politischen Morden sei. Thielemann nannte Klagges darauf einen polizeilichen Prügelpädagogen. Im gleichen Augenblick drohte es zu einer Schlägerei zu kommen. Thielemann wurde für den Schluss der Sitzung ausgeschlossen. Andere sozialdemokratische Abgeordnete wurden wiederholt zur Ordnung gerufen.

SPD. Die Kommunisten wollen die Bundesgenossen Hitlers spielen. Sie haben Thälmann als Präsidentschaftskandidaten aufgestellt, und ihre Organisation und Presse erhebt den Ruf: "Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler!"

Die Entscheidung fällt zwischen Hitler und Hindenburg. Einer von beiden wird Reichspräsident, und wenn man einen Kommunisten fragen würde, ob er denn ernstlich daran glaubt, dass Thälmann gewählt werden könnte, so würde er mit

dem Finger auf die Stirne zeigen. Da nun die Entscheidung zwischen Hitler und Hindenburg fällt, für wen entscheidet dann der, der für Thälmann stimmt? Die Beantwortung der Frage ist einfach. Er hilft dem reaktionärsten Kandidaten, also Hitler!

Man muss sich die Sache in kleinerem Masstabe ansehen, wo sie praktisch geworden ist. In der Arbeitergemeinde Hohenmölsen bei Zeitz haben Sozialdemokraten und Kommunisten zwei Drittel aller Wähler. Nach der letzten Gemeindewahl sollte der Stadtverordnetenvorsteher gewählt werden. Die Stimmen verteilten sich: 5 Sozialdemokraten, 5 Kommunisten, 3 Bürgerliche, 3 Nazis. Bürgerliche und Nazis stimmten zusammen, es kam zur Stichwahl zwischen einem Nazi und dem Sozialdemokraten. Die Kommunisten standen also vor demselben Stichwahlentscheid, vor dem sie bei der Präsidentenwahl stehen. Entschieden sie nun für den Sozialdemokraten? Keineswegs. Sie machten ihre Stimmen ungültig, indem sie für einen eigenen Kandidaten stimmten und verhalfen so dem Nationalsozialisten zum Siege. Ebenso verfuhren sie bei der Besetzung der Magistratsstelle und sie erreichten damit, dass in einem ausgesprochenen Arbeiterort die Mehrheit der Stadtverwaltung mit Nazis und Bürgerlichen besetzt wurde, die nun sofort an den Abbau der sozialen Einrichtungen und Unterstützungen gegangen sind.

Wem sind in Hohenmölsen die kommunistischen Stimmen zugute gekommen? Den Nationalsozialisten! Wem haben die Kommunisten geholfen? Den Nationalsozialisten!

Wem werden bei der Reichspräsidentenwahl die Thälmannstimmen zugute kommen? Dem Kandidaten der Nazis, Hitler!

Was wird kommen, wenn Hitler siegt: eine Bedrohung der Arbeiterschaft mit der faschistischen Diktatur! Darum ist jede Stimme, die für Thälmann abgegeben wird, eine Stimme für Hitler. Deshalb bedeutet die Unterstützung der kommunistischen Kandidatur eine Unterstützung für den Faschismus!

\+ + +

Wer sind die Kommunisten? Die Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 22.Februar sagt es: "Die Kommunistische Partei ist praktisch eine wertvolle Hilfstruppe des Bürgertums."

Am 29.Februar schreibt die "Deutsche Allgemeine Zeitung": "Herr Thälmann, der Kandidat und Reitergeneral einer auswärtigen Grossmacht scheidet als ernsthafter Bewerber aus. Seine und seiner Partei geschichtliche Aufgabe besteht, wenn wir uns einmal ihres eigenen Sprachgebrauchs bedienen wollen, ausschliesslich darin, das Proletariat Deutschlands zu spalten und zu schwächen."

SPD. Braunschweig, 1.März (Eig.Drahtb.)

Der sozialdemokratische Abgeordnete des Braunschweigischen Landtags Thielemann hat an die Braunschweigische Regierung wegen Hitlers Nebeneinkommen folgende Anfrage gerichtet :

"Nach dem Erlass des braunschweigischen Finanzministers vom 25.Juni 1931 haben alle im Staatsdienst beschäftigten Personen 20 % ihrer Nebeneinnahmen an die Staatskasse abzuführen. Ausgenommen sind nur Einnahmen aus schriftstellerischer, künstlerischer oder Vortragstätigkeit. Viele hundert Staatsbeamte und Angestellte fallen unter diesen Erlass und führen 1/5 ihrer Nebeneinnahmen ab. Der jüngste Beamte des Freistaates Braunschweig, Regierungsrat Hitler, der zugleich die höchsten Nebeneinnahmen hat, wird leider von diesem Erlass nicht getroffen. Ich frage deshalb: Ist die Regierung bereit, den Erlass auch auf Nebeneinnahmen auszudehnen, die aus schriftstellerischen Arbeiten, aus Verleger- oder Vortragstätigkeit Hitlers herrühren?"

SPD. Das Vorbild der "Eisernen Front" hat nunmehr auch die christlichen Gewerkschaften zur aktiven Abwehr des Faschismus auf den Plan gerufen.

Im Westen Deutschlands hat, wie das Organ der christlichen Gewerkschafter der Deutsche, mitteilt, "angesichts der offenkundigen Gefahren für die Ordnung in Wirtschaft und Staat nunmehr auch die christliche Arbeiterschaft in allen Bezirken ihre freiwilligen Bereitschaften zum Schutz der Ordnung formiert. In diesen Bereitschaften der christlichen Arbeiterschaft, in der "Volksfront", stehen Gewerkschaften, Arbeitervereine und Gesellenvereine Schulter an Schulter zur Abwehr jedes gewaltsamen Angriffes auf die verfassungsmässige Ordnung. Die Verbindung mit weiteren Gliederungen der christlichen Arbeiterbewegung sowie anderen verfassungstreuen Kreisen des Volkes ist aufgenommen. Die gesamte christliche Arbeiterschaft selbst ist aufgefordert, sich in die betrieblichen und örtlichen Bereitschaften der "Volksfront" einzugliedern."

Mit der Bildung der "Volksfront" im Westen Deutschlands steht nunmehr auch die christliche Arbeiterbewegung im Begriff, den Abwehrkampf gegen den Faschismus zu organisieren und Seite an Seite mit der Eisernen Front durchzuführen. Schon seit Wochen regen sich im Zentrum und innerhalb der christlichen Gewerkschaften starke Kräfte gegen den Naziterror. Immer wieder wurde in letzter Zeit in geschlossenen Zentrumsversammlungen und bei internen Veranstaltungen der christlichen Gewerkschaften der Ruf nach einer Kampfgemeinschaft mit der Eisernen Front laut. Dieser Drang zur Abwehr erwachte aus Solidaritätsgefühl der christlichen Arbeiter mit den Kollegen der freigewerkschaftlichen Organisationen und in der Erkenntnis, dass nur die Geschlossenheit der republikanischen Front zur Ueberwindung des Faschismus führen kann. Jetzt ist es soweit, dass die grosse Front der Republikaner endgültig formiert werden kann, formiert in der Absicht den Staat, wenn es sein muss, mit allen Mitteln zu verteidigen. Dass dazu auch die christliche Arbeiterbewegung entschlossen ist, wissen wir aus bestimmten Zusagen an die "Eiserne Front" und aus internen Besprechungen, die in letzter Zeit wiederholt innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung über die Frage der Abwehr des Faschismus stattgefunden haben.

Wir marschieren getrennt, aber schlagen vereint!

SPD. Paris, 1.März (Eig.Drahtb.)

In der Kammer kam es am Dienstag bei der Beratung des Budgets für Elsass Lothringen zu einer ausgedehnten Debatte über das elsässische Problem.

Der sozialistische Abgeordnete Grumbach machte dem Berichterstatter den Vorwurf, dass er in seinem Bericht behauptet habe, die ungeheure Mehrheit der elsässischen Bevölkerung sei für die Aufrechterhaltung des Konkordats mit dem Vatikan und für eine besondere Gesetzgebung. Der Redner bedauerte, dass 13 Jahre nach der Rückkehr des Elsass zu Frankreich das Laiengesetz im Elsass noch nicht eingeführt sei. Auch in der Gesetzgebung müsse das Elsass dem übrigen Frankreich angeglichen werden. Die Verschiedenartigkeit der Gesetzgebung führe zu bedauerlichen Missverständnissen, die nur der antifranzösischen Propaganda dienten. Grumbach lehnte auch die Selbstverwaltung des Elsass ab, denn das würde aus einem autonomen Elsass mitten in der Weltwirtschaftskrise werden wenn es nicht Frankreich an seiner Seite hätte.

Der klerikale Abgeordnete Walther kritisierte die Haltung der sozialistischen Partei im Elsass. Er machte die Sozialisten beinahe für alles Unheil verantwortlich, das dem Elsass seit dem Kriege widerfahren ist. Walther griff besonders den Abgeordneten Grumbach an, der ihn darauf durch Zurufe am Reden zu hindern suchte. Walther erklärte, dass die Klerikalen mit den Kommunisten zusammengehen würden, um die Wahl von sozialistischen Kandidaten zu verhindern. Er trat schliesslich für eine regionale Verwaltung im Elsass ein.

Im Anschluss an die Rede Walthers kam es zu einem heftigen Zusammenstoss

zwischen dem Kommunisten Duclos und dem Arbeitsminister Laval, der mit der Verwaltung von Elsass und Lothringen beauftragt ist. Duclos führte die Unzufriedenheit des Elsass darauf zurück, dass die französische Regierung im Verein mit gewissen Magnaten das elsässische Volk zu unterdrücken suche. Laval warf darauf ein, dass Duclos am wenigsten das Recht habe, von Unterdrückung zu sprechen, da Regierung und Parlament ihm gegenüber durch seine Entlassung aus der Haft sehr anständig gehandelt hätte. Duclos erwiderte dem früheren Ministerpräsidenten, er habe Oustric und Genossen unterstützt. (Grosser Lärm auf der Rechten). Laval erwiderte, er nehme von diesen Beleidigungen keine Notiz, da die kommunistische Partei vor den Wahlenstets eine scharfe Hetze gegen den Staat organisiere. (Beifall). Schliesslich wurde von der allgemeinen Aussprache zur Beratung der einzelnen Artikel des Budgets übergegangen.

SPD. Brüssel, 1.März (Eig.Drahtb.)

In der belgischen Kammer interpellierte Vandervelde am Dienstag die Regierung über den Konflikt in Ostasien.

Der Präsident der Sozialistischen Internationale rechnete scharf mit den kriegerischen Angriffen des japanischen Imperialismus ab und geisselte die hinhaltende Taktik des Völkerbundsrats, der es nicht verstanden habe, den internationalen Verpflichtungen Geltung zu verschaffen und ein friedliches Land gegen einen gewalttätigen Ueberfall zu schützen. Im Hinblick auf die bevorstehende Völkerbundsversammlung habe auch Belgien, gerade wegen seiner Roll im Weltkrieg, eine ernste Pflicht zu erfüllen und auch ein besonderes moralisches Recht, seiner Auffassung Ausdruck zu geben. Dazu komme, dass Belgien als Mitunterzeichner des Washingtoner Neunmächte-Vertrags die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Chinas ebenso garantiert habe, wie die Unabhängigkeit Belgiens vor dem Kriege garantiert gewesen sei. Der belgische Delegierte zur Völkerbundsversammlung müsse beauftragt werden, weiter im Sinne der Erklärungen des amerikanischen Staatssekretärs Stimson an Senator Borah dafür einzutreten, dass den internationalen Friedenspakten Geltung verschafft werde. Wenn nötig, müsse der Völkerbund die im Pakt vorgesehenen wirtschaftlichen und sonstigen Sanktionen anwenden, um die japanische Regierung zum Verzicht auf ihren Angriff zu nötigen.

In seiner Antwort gab Ministerpräsident Renkin eine lange, farblose Darstellung der militärischen und diplomatischen Ereignisse in China. Er fügte hinzu, dass Belgien in dem Völkerbundsstatut und dem Kellogg-Pakt die Grundlagen seiner internationalen Lage erblicke und es infolgedessen alles tun werde, um diesen Friedensinstrumenten Geltung zu verschaffen. Eine in diesem Sinne von Vandervelde vorgeschlagene Entschliessung wurde von der Regierung akzeptiert und von der Kammer angenommen.

SPD. Paris, 1.März (Eig.Drahtb.)

Die endgültige Ernennung Francois Poncets zum Botschafter in Berlin ist am Dienstag durch den Präsidenten der Republik erfolgt. Gleichzeitig hat Francois Poncet seine Demission als Mitglied der Abgeordnetenkammer gegeben.

SPD. Köln, 1.März (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Dienstag gaben mehrere Nazis aus Bonn auf das Eigenheim der KPD und auf Angehörige des Reichsbanners, die aus ihrem Verkehrslokal in dem Vorort Sülz kamen, scharfe Schüsse ab, die zum Glück ihr Ziel verfehlten. Polizeibeamte, die gegen die Nazis vorgingen, wurden mit Pflastersteinen beworfen. Ein Nazi war im Besitz eines Stuhlbeins. 10 Personen wurden vorläufig festgenommen.

SPD. Wie bei früheren Aktionen, so planen die Kommunisten anlässlich der Reichspräsidentenwahl auch jetzt wieder mit Listen vor die Öffentlichkeit zu treten, in denen Sozialdemokraten verzeichnet sind, die sich angeblich zu der Parole der KPD bekennen. Vor uns liegt beispielsweise ein Rundschreiben der Bezirksleitung Erfurt der KPD an die kommunistischen Orts- und Unterbezirksleitungen, in dem für den geplanten Schwindel bestimmte Anweisungen gegeben werden.

Wir weisen darauf ausdrücklich hin, um den alten Schwindel der KPD, der bei jeder passenden Gelegenheit aufgewärmt wird, von vornherein zu entlarven!

SPD. Köln, 1.März (Eig.Drahtb.)

Der deutschnationale Geschäftsführer H.Hoben der Landbundgenossenschaft Altenkirchen im Westerwald wurde wegen Unterschlagungen verhaftet.

Eine Prüfung der Bücher der Landbundgenossenschaft ergab, dass der Verhaftete etwa 100 000 Mark unterschlagen hat. Hoben hatte sich von einer grossen Anzahl Landwirten aus dem Kreise Altenkirchen Gefälligkeitswechsel unterschreiben lassen, die gegenwärtig zur Einlösung vorgezeigt werden. Die Mitglieder der Genossenschaft werden jetzt mit Haftsummen, die sich zwischen 300 und 1800 Mark bewegen, in Anspruch genommen werden müssen. Es sind fast ausschliesslich kleinere Bauern, die in kümmerlichsten Verhältnissen leben und die fälligen Summen kaum aufbringen dürften.

SPD. Jauer, 1.März (Eig.Drahtb.)

In der Nähe von Jauer überfielen etwa 15 Nazis mehrere Liegnitzer Jungbanner-Kameraden. Mit Stahlruten, Gummiknüppeln und Messern fielen die Nazis über die Jungbannerleute her, sodass sie zum Teil schwer verletzt wurden. Zwei Jungbannerleute erhielten Stiche in die Wange bezw. in den Oberschenkel. Ein Nazi zog schliesslich einen Revolver und richtete ihn auf die Jungbannerleute. Im gleichen Augenblick tauchte ein Lastauto mit Arbeitersportlern auf. Sofort nahmen die Nazis schleunigst Reissaus.

SPD. Der Vorstand des Gaues Westmark im Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, der 18 000 Mitglieder vertritt, billigte einstimmig die Aufforderung seines Verbandsvorstehers Bechly zur Wiederwahl Hindenburgs.

SPD. Magdeburg, 1.März (Eig.Drahtb.)

In Schönebeck/Elbe wird zur Zeit gegen 5 Nationalsozialisten verhandelt, die in der Nacht vom 28. zum 29.September vorigen Jahres den Amtsvorsteher Klingenstein, den Gemeindevertreter Seiler und den Zimmermann Grune überfallen und durch mehr als 40 Messerstiche schwer verletzt haben. Der Amtsvorsteher erhielt allein 26 Verletzungen am Kopf.

Am 10.Verhandlungstage wurde ein nationalsozialistischer Zeuge wegen Meineides verhaftet. Der Nazi hat den Meineid eingestanden. Auch der angeklagte Nazimann Karbe sollte in Haft genommen werden, weil ihm nachgewiesen wurde, dass er mindestens 4 Zeugen seiner Partei zum Meineid verleitet hat. Während das Gericht sich wegen des Haftbefehls zur Beratung zurückzog, flüchtete Karbe jedoch. Er konnte bisher nicht wieder ergriffen werden.

SPD. London, 1.März (Eig.Drahtb.)

Der Vorsitzende der Dreier-Kommission, die die künftige englische Zollpolitik bestimmen wird, ist - den Erwartungen entsprechend - Sir George May, der frühere Leiter der Prudancial Assurance Co. Er gab dem berühmten Sparbericht der Labourregierung, der zum Ausgangspunkt für die politische Krise im vergangenen Sommer wurde, seinen Namen. Von seinen beiden Kollegen hat der bekannte Nationalökonom Sir Sidney Chapman eine freihändlerische Vergangenheit. Er ist Träger eines Cobden-Preises. Das Fehlen von Interessenverbindungen mit der Industrie und hohe Jahresgehälter von insgesamt 165 000 Mark sollen die Unabhängigkeit des Komitees gewährleisten.

Die Londoner Presse nennt das Komitee die "Grossen Drei", und das nicht mit Unrecht, denn diese Behörde, die 100 prozentige Schutzzölle auf alle unter den gegenwärtigen 10 prozentigen Finanzzoll fallende Waren legen kann, hat Vollmachten und Aufgaben, die sie zu einem planwirtschaftlichen Organ machen, wie es in der englischen Geschichte noch nicht dagewesen ist. Den planwirtschaftlichen Möglichkeiten stehen allerdings die Wünsche der Schutz suchenden Industrie gegenüber, von der zuerst die Eisen- und Stahlindustrie an die Tür der "Grossen Drei" klopfen wird.

Die Tarifabänderungen der Zollkommission bedürfen der Ratifizierung durch das Parlament. Dabei dürfte der Riss, der bereits durch das Kabinett geht, erweitert werden, wenn nicht die sogenannte "nationale Einigkeit" bald völlig Schiffbruch erleidet. Die Vermutungen, dass dies in nicht allzu ferner Zeit geschehen wird, mehren sich.

SPD. Schanghai, 1.März (Eig.Drahtb.)

Die Japaner haben am Dienstag an der Front bei Schanghai wiederum scharfe Angriffe unternommen. Die chinesischen Truppen wichen langsam zurück. Die Japaner erwarten 60 000 Mann Verstärkung.

Die Waffenstillstandsverhandlungen auf dem englischen Flaggschiff gelten hier als ergebnislos. Die Japaner wollen erst nach einem endgültigen Sieg ihre Truppen zurückziehen.

SPD. Memel, 1.März (Eig.Drahtb.

Die Mehrheitsparteien des Memeler Parlaments haben dem zum Präsidenten des Memel-Direktoriums ernannten Landesrat Simmart am Dienstag folgendes Schreiben überreicht:

"Sie haben in der Unterredung, die Sie am Montag mit Vertretern der Mehrheitsparteien über die Ernennung der Landesdirektoren hatten, darauf bestanden, dass neben zwei Vertretern der Mehrheitsparteien (Waschkies und Luttkus) Landesrat Tolischus oder ein anderer Herr Ihrer Wahl als Landesdirektor in das Direktorium eintritt. Sie haben dabei zum Ausdruck gebracht, dass bei einer Abstimmung im Direktorium bei Stimmengleichheit Sie mit Ihrer Stimme den Ausschlag geben. Bei einer solchen Zusammensetzung des Direktoriums würde die Vertretung der Mehrheitsparteien bedeutungslos sein, da sie bei eintretenden Unstimmigkeiten überstimmt würde. Wir können ein solches Direktorium nicht als Direktorium ansehen, da es nicht nach parlamentarischen Grundsätzen gebildet wird. Die Herren Waschkies und Luttkus haben uns erklärt, dass sie es ablehnen, in ein solches Direktorium einzutreten. Nach der ersten mit Ihnen geführten Rücksprache war noch nicht zu übersehen, ob eine Ausgleichung der Ansichten herbeizuführen möglich wäre. Darüber könnte nur eine weitere Aussprache mit den Vertretern der Minderheitsparteien Klarheit schaffen."

SPD. Frankfurt/M., 1.März (Eig.Drahtb)

Der Frankfurter Magistrat beschloss die Auflösung von 5 Volksschulen und einer Höheren Schule. Diese Massnahme wird mit dem Schulstellenabbau und dem Sinken der Schülerzahl infolge des Geburtenrückganges begründet. Die Anmeldungen für die Höheren und Mittel-Schulen für Ostern 1932 sind um rund 25 % der erwarteten Zahl zurückgeblieben.

SPD. Braunschweig, 1.März (Eig.Drahtb.

Der Braunschweigische Landtag bewilligte am Dienstag gegen die Stimmen der Sozialdemokratie den für Hitler geschaffenen Regierungsratsposten bei der braunschweigischen Gesandtschaft in Berlin. Der volksnationale jungdeutsche Abgeordnete Schrader stimmte für die Bewilligung der Stelle.

SPD. Frankfurt/M., 1.März (Eig.Drahtb.

In dem Personenzug Wetzlar-Usingen wurde eine Geldtasche mit 3 000 Mark Dienstgeldern der Eisenbahn, die im Gepäckwagen aufbewahrt war, aufgeschnitten und ihres Inhaltes beraubt. Der Vorfall ist noch völlig ungeklärt.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Hitler, das unerwünschte Rasseelement.

SPD. Herr Frick, der im Auftrage Hitlers Innenminister in Thüringen war, hat den Nazischriftsteller Günther seinerzeit zum Professor an der Universität Jena gemacht, auf dass Günther dort die völkische Rassetheorie als Grundlage des Dritten Reiches verkünde. Günthers Theorie ist ein systemloses Sammelsurium von teils angelesenen, teils in der Nazipropaganda aufgelesenen Behauptungen, dessen Hauptzweck es ist, politische Gegner als minderwertig in rassischer Hinsicht zu diffamieren.

Herr Günther hat am vergangenen Donnerstag in der Münchener Universität seine Theorien auf einer Versammlung des Kampfbundes für deutsche Kultur dargelegt. Dabei hat er die Amerikaner gelobt, deren Einwanderungsbestimmungen er unter rassetheoretischen Gesichtspunkten bejahte. Er kam dabei darauf zu sprechen, dass zu den unerwünschten Elementen in den Vereinigten Staaten unter rassetheoretischen Gesichtspunkten auch die Katholiken rechnen!

Die Absicht der Rassenhetze gegen die Katholiken ist unverkennbar. Der Herr Professor hat dabei nur eins übersehen, dass nämlich sein Präsidentschaftskandidat Adolf Hitler ebenfalls Katholik ist und damit nach den Güntherschen Rassetheorien ein rassisch unerwünschtes Element!

So schlägt die verhetzende Infamie der nationalsozialistischen Propaganda sich selbst ins Gesicht!

Aus Hakenkreuz-Byzanz.

Am Tage nach der erschobenen Einbürgerung Hitlers hat die Stadtverwaltung von Coburg den Osaf zum Ehrenbürger ernannt. Die nationalsozialistische Mehrheit in der Coburger Stadtverwaltung ist nicht zuletzt dem Gelde des Exherzogs Eduard von Coburg und des Exzaren Ferdinand von Bulgarien zu verdanken, die beide zu den Geldgebern der nationalsozialistischen Bewegung gehören. Dementsprechend sind die Nationalsozialisten von Coburg byzantinisch bis auf die Knochen, und dieser Byzantinismus äusserte sich bei der Ernennung Hitlers zum Ehrenbürger. Die Herren nationalsozialistischen Stadträte erschienen in feierlichem schwarzem Anzug zu der Sitzung, in der Adolf Hitler als "Befreier von der roten Pest" gefeiert und zum Ehrenbürger ernannt wurde. Nach der Abstimmung erklärte der Bürgermeister, er breche jetzt die Stadtratssitzung ab, weil er der Meinung sei, dass die soeben angenommene feierliche Entschliessung sich mit der Weiterbehandlung der geschäftlichen Angelegenheiten nicht vertrage. Die Sitzung wurde abgebrochen. Auf dem Rathaus wurden zwei grosse schwarzweissrote Fahnen und die coburgischen Stadtfahnen entrollt.

Heil Nazi-Byzanz!

Die Propaganda des Wahnsinns.

Die Frau Ludendorffs hat ein Buch veröffentlicht unter dem Titel "Der ungesühnte Frevel an Luther, Lessing, Mozart und Schiller". In diesem Buch wird auseinandergesetzt, dass Luther, Lessing, Mozart und Schiller keines natürlichen Todes gestorben seien. Sie alle seien einer Geheimgesellschaft jüdischer Herkunft, dem Rosenkreuz-Orden, zum Opfer gefallen, der sie zum Tode verurteilt und vergiftet habe. Frau Ludendorff weiss es ganz genau. Luther ist von Melanchton vergiftet worden, Lessing von Moses Mendelsohn. Mozart

fiel dem Italiener Salieri zum Opfer, und auch Schiller wurde vergiftet. Wer war im Falle Schiller der Schuldige? Kein anderer als der "Bruder" Goethe! Frau Ludendorff deklamiert:

"Jene alle sind von verruchten Händen beiseite geschafft worden, weil sie es gewagt haben, sich gegen die Macht Judas, Roms und der Freimaurer, denn diese drei sind eins, aufzulehnen. Die Loge hat es verstanden, über diese Todesfälle allerlei Legenden von Krankheiten in die Welt zu setzen, aber ihr Wirken wird für den Eingeweihten an der Art des Begräbnisses der Opfer und der Behandlung ihrer Erdenreste deutlich."

Von dieser Ausgeburt des Wahnsinns sind bisher in Deutschland 30 000 Exemplare verkauft worden. Kein Wunder bei dem geistigen Verfall des deutschen Bürgertums. Kein Wunder auch, wenn man bedenkt, wieviele dem nationalsozialistischen Wahnsinn nachlaufen. Denn im Grunde genommen wurzelt die nationalsozialistische Propaganda in gleichen Wahnideen. Welch ein Unterschied ist zwischen dem nationalsozialistischen Redner Ahrendt, der in Naziversammlungen behauptet, Jaures sei von Scheidemann und Hermann Müller ermordet worden, und der Frau Ludendorff, die Goethe bezichtigt, Schiller vergiftet zu haben?

Der Goebbels-Schwindel entlarvt.

Herr Goebbels mit dem verkrüppelten Fuss hat seine infamen Ausführungen im Reichstag, die Hindenburg als Kandidaten der Partei der Deserteure und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion als Partei der Deserteure bezeichneten, im Reichstag abzuleugnen und hinwegzuschwindeln versucht. Daß seine Ausführungen nur eine Wiedergabe der allgemeinen Propaganda der Nationalsozialisten ist, geht aus folgendem hervor: In der nationalsozialistischen Zeitung "Der Vorposten" in Danzig schreibt der nationalsozialistische Gauleiter für Danzig, der deutsche Reichstagsabgeordnete Albert Forster:

"Wer sind denn überhaupt die Träger der Kandidatur Hindenburg? Sind das anständige Menschen und Organisationen oder sind es unanständige, Deutschland bekämpfende? Es geht darum, ob die Sozialdemokratie und das Zentrum, die Revolutionsverbrecher von 1918, die internationalen Landesverräter und Pazifistenschweine, mit ausdrücklicher Genehmigung des Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg Deutschland endgültig zugrunde richten dürfen. Hindenburg ist heute der Vollstrecker des Willens der Feinde Deutschlands geworden. Wir haben bereits begründet, warum Hindenburg auf keinen Fall gewählt werden darf. Das alte Sprichwort: Sage mir, wer Dich lobt, und ich sage Dir, wer Du bist, allein ist uns Beweggrund genug, dass wir gar nicht daran denken, Landesverräter, Religionszerstörer, Deserteure, Schieber, Gauner und sonstiges Verbrechergesindel sich unter der Reichspräsidentschaft Hindenburgs weiter austoben zu lassen, wie in den letzten sieben Jahren. Hindenburg betrog die, die ihn riefen. Er wurde der greise Vater eines faulen Systems."

Das genügt, um die Gemeinheit und die Infamie der Propaganda einer Partei zu kennzeichnen, deren Führer sich mit heuchlerischem Augenaufschlag darüber beschwert, dass der Kampf gegen ihn - nicht ritterlich geführt werde!

Herren und Knechte.

Vor einem Münchener Amtsgericht standen zwei Gruppen von je drei Nationalsozialisten. Die eine war angeklagt der Uebertretung des Uniformverbots, die andere wegen Freiheitsberaubung und Nötigung, weil sie vor dem Braunen Haus einen Reichsbannermann überfallen und widerrechtlich festgehalten hatten. Die erste Gruppe bestand aus feinen Leuten. An ihrer Spitze ein Freiherr von Künzburg, die zweite Gruppe aus gemeinen SA-Leuten. Die erste Gruppe hatte von vornherein keine erhebliche Strafe riskiert, während die zweite schon dicker in der Tinte sass. Der Herr v. Künzburg kam denn auch mit 10 M. Geldstrafe davon, während die 3 gemeinen SA-Leute ins Gefängnis wandern müssen. Dafür wurde auch die Gruppe der feinen Leute von Hitlers Hofadvokaten, dem Herrn Rechtsanwalt Frank II verteidigt, während für die gemeinen Soldaten ein junger Referendar gut genug war. Herren und Knechte! Jedem das Seine!

Aus aller Welt

Wer studiert?

Die Eltern der deutschen Studenten - Ein interessanter Blick in die Statistik.

SPD. Der Preussische Landtag wird sich in der gegenwärtigen Sitzungsperiode mit den letzten nationalsozialistischen Krawallen an der Berliner Universität befassen.

Die meisten deutschen Hochschulen sind Stützpunkte geistiger und politischer Reaktion: Das haben zuletzt der Hallenser Skandal um den Theologie-Professor Dehn und die Naziunruhen an der Berliner Universität offenbart. Man mag geneigt sein, diese Erscheinung als einen Ausfluss der politischen Entwicklung der letzten Jahre anzusehen, darf aber darüber doch nicht vergessen, dass die allgemeine Hochschulreaktion wesentlich auch durch die soziale Gliederung der deutschen Studentenschaft begründet ist.

Aus der kürzlich erschienenen "Deutschen Hochschulstatistik über das Sommersemester 1931" geht deutlich hervor, dass sich die deutsche Studentenschaft auch nicht annähernd so zusammensetzt, wie es dem zahlenmässigen Anteil der einzelnen Schichten an der Gesamtbevölkerung entspräche. Nur 3,2 Prozent der deutschen Studenten stammen aus Arbeiterfamilien! Noch geringer ist mit 2,7 Prozent der Anteil der unteren Beamtenkreise. Mit anderen Worten: fast die Hälfte des deutschen Volkes stellt nur 5,9 Prozent der deutschen Studenten! Der sogenannte Mittelstand ist unter den Studenten mit 56,7 Prozent am stärksten vertreten und 36,6 Prozent der Studenten stellen die "oberen Schichten", worunter die Statistik höhere Beamte, Aerzte, Rechtsanwälte, Industrielle und Grosskaufleute versteht; Schichten also, die rein zahlenmässig nur einen geringen Bruchteil des Volks ausmachen.

Die soziale Schichtung in den einzelnen Studienfächern ist von besonderem Interesse: man könnte geradezu von "aristokratischen" und "sozialen" Wissenschaften sprechen. Ein ausgesprochen aristokratisches Studium ist z.B. die Jurisprudenz, bei der auf die "oberen Schichten" 47 Prozent, bei den weiblichen sogar 65 Prozent, gegenüber einem Durchschnitt von 36 Prozent entfallen. Entsprechende Zahlen gelten auch für das Studium der Medizin, während sie sich bei der Zahnheilkunde schon etwas mehr zu Gunsten des Mittelstandes verschieben. Andererseits ist die katholische Theologie und das höhere Lehrfach von den wohlhabenderen Kreisen wenig besetzt. Schliesslich gibt es noch sogenannte "Vererbungsstudien", denen man sich besonders in den Kreisen widmet, in denen es dem Vater aus materiellen Gründen leicht wird, seinem Kinde den "Beruf" zu vererben. Dazu gehört die Pharmacie, die Handelswissenschaft und vor allem das Studium der Landwirtschaft, das zu 40 Prozent von Landwirtskindern gewählt wird.

Jedenfalls sind fast alle Zahlen der Hochschulstatistik ein Beweis dafür, dass die deutschen Hochschulen noch immer beinahe ausschliesslich von denjenigen jungen Leuten besucht werden, denen die Vermögenslage der Eltern das Studium erlaubt. An dieser Feststellung wird auch durch die Tatsache nichts geändert, dass in den letzten Jahren der Anteil der Arbeiterschaft am Studium um etwa 0,3 Prozent gestiegen ist. Es ist heute schwerer denn je, mittelloser Student zu sein: private Stpendien gibt es nur noch in verschwindendem Umfang, die Mittel des Staates reichen höchstens dafür aus, einer verhältnismässig kleinen Zahl den Erlass der Hochschulgebühren zu ermöglichen, und das Werkstuden-

tentum wurde durch die verschärfte Wirtschaftskrise fast unmöglich gemacht. Die Hilfsorganisationen der Studentenschaft können nur noch dem kleinsten Teil der Arbeitsuchenden eine bezahlte Tätigkeit vermitteln, und diese Tätigkeit ist dann meist so anstrengend,dass das Studium notwendigerweise darunter leiden muss.

So sind die deutschen Hochschulen ein Reservat der Bürgersöhne und Töchter geblieben, die oft schon von Haus und Schule aus eine nationalistische und reaktionäre Gesinnung mitbringen,deren Ungeist sie dann auch auf der Universität vorfinden. Bedenkt man,welche wichtigen Stellungen diese jungen Leute im Staate einnehmen werden,so wird klar,dass unsere Statistik nicht allein ein bedauerliches kulturelles und soziales Problem,sondern auch eine hohe politische Gefahr aufzeigt.

+ + +

Schollen=Umzug. Seit langem ist es üblich,bestimmte Binnenfische,z.B. Karpfen und Aale, in andere Gewässer zu verpflanzen. Jetzt plant die "Internationale Kommission für Meeresforschung" auch die Verpflanzung von Seefischen. Man beabsichtigt,grosse Mengen von Nordsee=Schollen,die heute in einem Gebiet mit schlechten Nahrungsverhältnissen existieren,in einen anderen Nordseeteil zu verpflanzen,d.h. von der Gegend bei Hornsriff im nordöstlichen Teil der Nordsee in die Gegend der Doggerbank. Seit je sind die bei der Doggerbank gefangenen Schollen noch einmal so gross wie die Hornriffer Schollen. Man glaubt daher,dass sich das vorerst 60 ooo Mark kostende Experiment im Falle seines Gelingens wirtschaftlich lohnen wird.

+ + +

Dollars für Kunst. Zwei in New York lebende Deutschamerikaner stellten dem Bayerischen Kultisministerium 100 ooo Dollars zur Förderung von Kunstausstellungen in München zur Verfügung.

+ + +

Sklarek=Prüfer unbeliebt... Im Berliner Sklarek=Prozess werden vorläufig noch immer die Revisoren der Stadtbank vernommen. Einer von ihnen,Rechnungsdirektor Neumann,erklärte: "Wenn wir Revisoren den Sklarek=Kredit prüfen wollten, haben wir jedesmal von den Direktoren einen Anschnauzer gekriegt" Stadtbankdirektor Schröder und Stadtamtmann Hoge blieben unvereidigt.

+ + +

Hackebeil bleibt in Haft. Vom Untersuchungsrichter in Berlin=Moabit wurde ein Haftentlassungsantrag zugunsten des vor einigen Tagen festgenommenen Generaldirektors und Zeitungsverlegers Guido Hackebeil abgelehnt.

+ + +

Eisenbahner ermordet. Im Kassenraum des Bahnhofs Sondelfingen bei Reutlingen (Württemberg) wurde ein Reichsbahnassistent während der Geldabrechnung überfallen und getötet. Der Täter flüchtete unerkannt.

+ + +

Verurteilter Nazi. Am Dienstag wurde vom Schnellgericht im Berliner Polizeipräsidium der 22=jährige Berliner Organisations= und Propaganda=Leiter der SA.,Christian Goetsch, Sohn des Berliner Kammergerichtsrats Goetsch,wegen Beleidigung von Polizeibeamten,Widerstand gegen die Staatsgewalt und Nichtbefolgung polizeilicher Befehle zu 1 Monat und 3 Tagen Haft verurteilt. "Eine Geldstrafe würde ja doch nichts nützen", sagte der Schnellrichter in der Begründung des Urteils gegen den hoffnungsvollen jungen Mann,der sich,wie die Beweisaufnahme ergab,gegen die bei der letzten Hitler=Versammlung im Sportpalast amtierenden Polizisten äusserst flegelhaft benommen hatte,vor Gericht aber unter dem Beistand von zwei Rechtsanwälten nach bekannter Methode zu kneifen versuchte. Ein Komplice des Goetsch,der S.A.=Fähnrich Klötzing,erhielt wegen Widerstands 3 Wochen Gefängnis.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 1. März (Eig. [illegible]

Nach der Sturmwoche im Reichstag wirkt die völlige Stille und [illegible]losigkeit in dem am Dienstag wieder zusammengetretenen aber leeren Preussenlandtag wie eine Idylle. Nicht als ob es im Landtag an stürmischen Tagen gefehlt hätte. Allein 32 Misstrauensanträge sind in den vier Jahren dieser Landtagsperiode gegen das Kabinett Braun eingebracht worden, davon genau [illegible] von rechts und 16 von der KPD; und genau 16 mal haben Nationalsozialisten Hugenberger und Dingeldeyer den Sowjetleuten und genau 16 mal die Sowjetleute den schlimmsten Reaktionären im Ansturm gegen das Kabinett der Republik geholfen.

Jetzt ist die Kampfstimmung verraucht; die Parteien der Opposition haben sich damit abgefunden, dass die nächste Schlacht um Preussen erst am ordnungsmässigen Termin der preussischen Landtagsneuwahlen geschlagen wird. Ja, als im Aeltestenrat am Dienstag die schwierige Frage erörtert wurde, wie der Preussische Landtag in der kurzen Zeit zwischen Reichspräsidentenwahl und seiner Neuwahl den Etat für das laufende Jahr verabschieden sollte, hat der Kommunist Schwenk gemeint, der Termin der preussischen Neuwahl sei für die Kommunisten eine Frage von untergeordneter Bedeutung; sie verlangten Zeit, den Etat ordentlich durchzuberaten. Die Bitte des Herrn Schwenk kann nicht gut erfüllt werden denn den Termin der preussischen Neuwahl hat die Staatsverfassung festgesetzt. Aber wenn man sich erinnert, dass am 9. August vorigen Jahres die Kommunisten mit Nazis und Stahlhelm zum Volksentscheid auf Auflösung des Landtages gegangen sind, wird man einiges Erstaunen darüber nicht unterdrücken können, dass es ihnen auf einmal mit der Neuwahl garnicht so eilig ist.

In völliger Ruhe verabschiedete der Landtag am Dienstag einen unendlichen Katalog von Ausschussberichten. Einigermassen lebhaft wurde es nur bei dem kommunistischen Antrag zugunsten der Seeleute, die wegen des Streiks im Petersburger Hafen von den Seemannsgerichten verurteilt worden sind. Deswegen entrüsteten sich die Kommunisten sehr über Klassenrichter und reaktionäre Seemannsordnung. Abg. Brandes (Soz.) konnte nur bestätigen, dass die deutsche Seemannsordnung überaltert und rückständig ist. Wahrscheinlich wäre ihre Reformierung im Reichstag längst durchgesetzt, wenn die Kommunisten sie nicht dauernd sabotiert hätten. Aber die allerschlimmsten Bestimmungen der Seemannsordnung sind noch immer milder als die entsprechenden Paragraphen der Seemannsordnung der Sowjet=Union. Den Streik im Petersburger Hafen haben die Kommunisten herbeigeführt, indem sie den Matrosen vorgelogen haben, in Deutschland sei Generalstreik aller Arbeiter. Sie können Leute ins Unglück hetzen, aber helfen können sie ihnen nicht; höchstens ihr Unglück wieder zur Agitation ausnutzen.

Neben der Amnestierung der Seeleute forderten die Kommunisten auch Amnestie für Claus Heim, den Bombenleger. Dabei hat Claus Heim in zahlreichen Briefen aus dem Zuchthaus immer wieder erklärt, er wolle weder mit den Nationalsozialisten noch mit den Kommunisten etwas zu tun haben, sondern wenn er freikomme, nur wieder Bombenattentate verüben. Aber diese Einstellung genügt den Kommunisten, um Claus Heim als Revolutionär in Anspruch zu nehmen.

Auch am Mittwoch hat der Landtag einen langen Speisezettel auf der Tagesordnung. An Bedeutung ragen die neue Disziplinarordnung für Studenten und der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Hugenbergpleite bei der Landbank hervor.

Wirtschaft Technik Handel

Der Obertarif.

Sein Sinn und seine Gefahren.

SPD. An demselben Tag, an dem England seinen zehnprozentigen Wertzoll einführte und den Freihandel aufgab, hat die deutsche Regierung die Einführung des sogenannten Obertarifs angekündigt. Es handelt sich um einen Maximaltarif, der der Regierung die Möglichkeit gibt, die Einfuhrzölle für Waren aus solchen Ländern zu erhöhen, mit denen Deutschland keinen Handelsvertrag unterhält oder die die deutschen Einfuhrwaren ungünstiger behandeln als die Waren eines anderen Landes. Zunächst liegt nur die Ankündigung vor. Wie der deutsche Obertarif endgültig aussehen und wie man ihn anwenden wird, seine Auswirkungen auf unseren Warenexport und unser ganzes Wirtschaftsleben, das hängt von den politischen Machtverhältnissen ab, von der politischen und wirtschaftlichen Einsicht, mit der die immer schwieriger werdenden handelspolitischen Fragen bei uns behandelt werden.

Die Entwicklung der Dinge in Deutschland ist gewissermassen zwangsläufig. Mit einer Ausfuhr, die im Jahre 1931 mengenmässig noch über der Ausfuhr des Konjunkturjahres 1928 lag, und mit einem Ausfuhrüberschuss, der sich im verflossenen Jahre auf fast 3 Milliarden Mark stellte, hatte Deutschland keinerlei Veranlassung, an der handelspolitischen Situation in der Welt etwas zu ändern. Es musste darauf bedacht sein, alles zu vermeiden, wodurch die Absperrungspolitik der Nachkriegsjahre neue Nahrung erhielt. Es musste darauf bedacht sein, eine weitere Zerreissung der Marktbeziehungen zu verhüten. Das ist angesichts der Art und Weise, wie die deutschen Interessenten, besonders die Agrarier, immer wieder neue Zölle von der Regierung forderten, nicht leicht gewesen. Im grossen und ganzen hat die deutsche Handelspolitik in den Jahren nach dem Krieg wertvolle Aufbauarbeit leisten können. Es gelang ihr auch, wesentliche Erschütterungen zu vermeiden. Die Gefahren für den deutschen Aussenhandel, mit denen wir jetzt zu tun haben, stellten sich denn auch erst unter Einfluss der Weltwirtschaftskrise ein und zwar kommen sie in erster Linie von aussen. Die Krise führte zu einer beispielslosen Zollaufrüstung. England hat mit dem Freihandel gebrochen. Von Montag ab wird die Einfuhr nach England durch den Generaltarif in Höhe von 10 Prozent allgemein erschwert, nachdem auf einzelnen Gebieten prohibitive Zölle, d.h. Abwehrzölle bereits vorangegangen sind. Die Entwertung des Pfundes und anderer Devisen hat in wichtigen Ländern an sich zu einer allgemeinen Zollerhöhung geführt. Italien griff zu einem allgemeinen Zollzuschlag in Höhe von 15 Prozent, andere Länder wiederum, unter ihnen auch Deutschland, erheben für einzelne Waren sogenannte Valutazuschläge. Dazu kommen Einfuhrverbote und Einfuhrkontingentierungen. Sie hat Polen für einen grossen Teil von Industriewaren Einfuhrverbote erlassen. Die Randstaaten und Ungarn versuchen ebenfalls mit Einfuhrverboten, die Wareneinfuhr einzuschränken, um damit den Devisenabfluss zu verhindern. Oesterreich will denselben Weg gehen. Länder mit Währungen, die sich in Ordnung befinden, beschränken und reglementieren den Warenimport. Frankreich strebt seit langem eine Kontingentierung der Einfuhr an und hat bereits für eine grosse Anzahl von Industriewaren die Kontingentierung durchgeführt. Die Schweiz und Holland sind zur Festsetzung von Einfuhrkontingenten und Quoten für die einzelnen Länder

übergegangen; die Schweiz in der Art, dass vor allem die deutsche Ware einfuhr getroffen wird. Dazu kommt die Devisenzwangswirtschaft, die in der Mehrzahl der europäischen Länder und in zahlreichen überseeischen Ländern zur Unterbindung bezw. Beschränkung der Einfuhr benutzt wird. Was in den Jahren nach dem Krieg aufgebaut wurde, die Reorganisierung des Welthandels, ist der Vernichtung und Zerstörung preisgegeben. Man hat den Eindruck, die handelspolitische Vernunft sei zum Teufel gegangen, und man fühlt sich in die erste Periode der Nachkriegszeit versetzt, wo sich jedes Land nicht nur mit Bajonetten und Kanonen, sondern auch mit Pässen und Verboten von anderen Ländern absperrte.

Die Reichsregierung hat geglaubt, in dieser verworrenen handelspolitischen Situation ohne ausserordentliche Abwehrmassnahmen nicht auskommen zu können. Es sind zunächst aufgrund der alten Zollermächtigungen einzelne Zollerhöhungen für Holz, Holzwaren und vor allem für Butter, vorgenommen worden. Die Regierung hat sich ferner die Ermächtigung zur Erhebung von Valutaausgleichszuschlägen geben lassen und von dieser Ermächtigung beim Butterzoll Gebrauch gemacht. Nun hat sie die Einführung eines allgemeinen Obertarifs beschlossen. In Zukunft wird also das deutsche Zollsystem neben den autonomen Zollsätzen (d.h. den Zollsätzen, die in Verträgen mit anderen Ländern nicht runtergehandelt werden dürfen) und den niedrigeren Vertragszöllen noch einen wesentlich höheren prohibitiven Maximaltarif besitzen, der als Kampfmassnahme gedacht ist. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, dass die Schaffung eines prohibitiven Kampftarifs immer ein gefährliches handelspolitisches Instrument darstellt, das gar zu leicht zu handelspolitischen Komplikationen führen kann. Die Erfahrung hat auch gelehrt, dass Länder mit Doppeltarifen immer an einem sehr hohen Zollniveau festhalten. Schon deshalb ist zu fordern, dass der jetzige autonome deutsche Zolltarif niemals zur Minimalbasis werden darf. Sicherlich, in normalen Zeiten würde man die Schaffung eines prohibitiven Kampftarifs niemals billigen können. Wenn wir zugeben, dass die deutsche Handelspolitik in der gegenwärtigen Situation auf gewisse Abwehrmassnahmen nicht verzichten kann, so ist es für uns aber selbstverständlich, dass diese Waffe, die sich die Regierung mit dem Obertarif schafft, unter keinen Umständen missbraucht werden darf.

Es wird also davon abhängen, dass die Reichsregierung unter stärkster Zurückhaltung von dem neuen handelspolitischen Instrument nur in den alleräussersten Fällen Gebrauch macht. Wenn die Regierung z.B. neue Zollerhöhungen - autonome Zölle oder Ausgleichszuschläge - vornimmt und wenn sich dann die unliebsamen Folgen in einer Verringerung der deutschen Ausfuhr als Rückwirkungen einstellen, dann hat die deutsche Regierung selbstverständlich nicht das Recht, hier den Kampftarif einzusetzen. Sie kann ihn nur dann einsetzen, wenn wirklich einseitige Diskriminierung (d.h. Benachteiligung der deutschen Waren zugunsten der Waren anderer Länder) vorliegt und diese trotz Verhandlungen nicht abgestellt werden kann. Vor allem darf der Maximaltarif nicht zu der Auffassung führen, man habe es jetzt nicht mehr nötig, den Verhandlungsweg bis zum letzten Ende zu gehen. Es ist auch besser, mit Ländern, zu denen wir kein Handelsvertragsverhältnis haben, zu verhandeln und zu einem Handelsvertrag zu kommen, anstatt mir nichts dir nichts nun die Waffe des Obertarifs anzuwenden. Der Obertarif kann nur den Sinn haben, die Gegenseite zum Einlenken zu bewegen. Nur unter diesen Einschränkungen können wir uns mit der neuen Massnahme abfinden. Nichts wäre aber falscher, in einer Art Panikstimmung in die Isolierung hineinsteuern und die deutsche Wirtschaft aus der Weltwirtschaft herauslösen zu wollen. Vergessen wir nicht, dass wir immer noch sechs mal so viel Fertigwaren ausführen als einführen und dass unser Aussenhandel in fast allen Ländern hoch aktiv ist. Würden wir den Maximaltarif benutzen, um eine aggressive d.h. eine Kampfpolitik zu betreiben, dann werden wir wohl die Kriegskosten zu zahlen haben

---

SPD. Die AEG, die am Dienstag ihre Bilanz veröffentlicht hat, schneidet beträchtlich schlechter ab als ihr grosser Konkurrent, der Siemenskonzern. Dies zeigt in erster Linie die Umsatzentwicklung. Gegenüber dem Spitzenjahr 1928/29 mit 580 Millionen war schon im folgenden Jahr ein Absatzrückgang von 10 % auf 520 Millionen Mark festzustellen, dem im Berichtsjahr ein weiterer Umsatzschwund um 30 % auf 370 Millionen Mark folgte. Zugleich hat sich der Belegschaftsabbau in verstärktem Tempo fortgesetzt. Vor zwei Jahren wurden im engeren Konzern noch 60 ooo Mann, im Jahre 1929/30 nur noch 50 ooo und Ende September 1931 nur noch 40 ooo Mann beschäftigt. Zurzeit liegt der Belegschaftsstand noch um einige hundert unter 40 ooo.

Das Geschäftsjahr 1930/31 schliesst mit einem Verlust ab, dessen Gesamthöhe aber nicht ersichtlich ist. Rund 20 Millionen werden aus den Reservefonds zur Verlustdeckung herangezogen, ausserdem aber mussten neben einer Aktieneinziehung noch stille Reserven zur endgültigen Deckung des Verlustes aufgelöst werden. Neben den Betriebsverlusten scheint auch die Expansion der letzten Jahre - die Einflussnahme bei Sachsenwerk, bei Poege und besonders der neue Kauf der Bergmann-Aktien - der AEG schlecht bekommen zu sein. Diese Posten dürften auch in Zukunft die Bilanz des Unternehmens noch erheblich belasten.

Seit Oktober 1931 ist der Auftragseingang in den ersten vier Monaten des laufenden Geschäftsjahres auf 40 % gegenüber dem gleichen Zeitabschnitt von 1928/29 gesunken.

SPD. Der amerikanische Finanzier Bendix, der Inhaber der bekannten New-Yorker Bank gleichen Namens, beschäftigt sich in dem Jahresbericht seiner Bank mit den Aussichten einer Wirtschaftsankurbelung in Amerika. Er kommt zu dem Schluss, dass Hoover Recht gehandelt habe, indem er seine frühere Politik aufgegeben habe. Gegenüber dem Jahre 1931 habe sich die Lage schon dadurch geändert, dass man die Gefahren und die Illusionen des Lohnabbaues erkenne. Wie in anderen Ländern habe in Amerika die Wirtschaftskrise zu einem Missverhältnis zwischen Produktion und Verbrauch geführt. Angesichts dieser Sachlage sei es durchaus denkbar, dass, angeregt durch finanzielle Notstandsmassnahmen, für die Vereinigten Staaten der Zeitpunkt einer wirtschaftlichen Belebung gekommen sein dürfte. Allerdings würde es sich zunächst kaum um eine Belebung von grösserem Ausmass handeln. Dagegen spreche schon der für die gesamte Wirtschaft so ungemein wichtige Baumarkt, der zu seiner Gesundung noch einer langen Periode der Anpassung bedürfe. Von Wichtigkeit sei auch, dass Frankreich seinen Anleiheboykott nicht ewig aufrecht erhalten könne und dass sich in Amerika die Stimmen mehren, die einen Abbau des Hochschutzzolles fordern.

SPD. Das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung hat vor einiger Zeit den Betrieb einer Reihe von Bausparkassen verboten. Die dagegen eingelegte Berufung ist jetzt zurückgewiesen worden. Die Entscheidungen des Aufsichtsamtes sind damit rechtskräftig.

Danach ist bei der Baugesellschaft Carolus G.m.b.H. in Frankfurt/Main, der "Wirtschaftshilfe" A.-G. für Verwaltung und Finanzierung in Frankfurt/Main und der Nürnberger Bauspar G.m.b.H. in Nürnberg die Stellung des Antrages auf Konkurseröffnung von seiten des Reichsaufsichtsamtes gültig. Bei der "Quelle" Allgemeine Zwecksparkasse G.m.b.H. in Stuttgart und der Hypotheken- und Bau-Kredit-Genossenschaft "Hybag" e.G.m.b.H. in Dresden ist die Untersagung des Geschäftsberichtes bestätigt worden, bei der "Hybag" mit dem klarstellenden Hinweis, dass die Untersagung sich nur auf das Bauspargeschäft bezieht.

Unverändert, aber unsicher.

(Berliner Getreidebörse vom 1. März.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Dienstag die Stimmung wieder etwas befestigt. Insbesondere konnte Weizen am Markte der Zeitgeschäfte um etw 2 Mark anziehen. In prompter Ware blieb das Angebot klein, aber die Mühlen zeig ten bessere Kauflust. Trotzdem blieb der Kurs unverändert. Auch die Roggenkurs am Markte der Zeitgeschäfte wie im Prompthandel zeigten keine Veränderung. Die Situation hat sich hier nicht geändert. Es erfolgten weiter Abgaben an russi= schem Roggen zu unveränderten Preisen. Das Angebot der Landwirtschaft an in= ländischer Ware war unverändert sehr gering. Auch im Mehlhandel zeigte sich keine Bewegung. Die Lage gilt als sehr unsicher und Käufer wie Verkäufer ver= halten sich weiter abwartend. Wie am Montag wurden auch am Dienstag wieder Ab= gaben an verbilligtem Mehl zu unverändertem Preise von 27,90 per 100 kg beob= achtet. Hier und da kamen Umsätze zustande. In Weizenmehl war das Geschäft weiter sehr klein bei gleichbleibenden Forderungen der Mühlen. Hafer hatte knapperes Angebot. Der Konsum zeigte normale Nachfrage; es wurden etwas höhere Preise erzielt.

	29.Febr.	1.März
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	244 - 246	244 - 246
Roggen	193 - 195	193 195
Braugerste	178 - 185	178 185
Futter= und Industriegerste	167 - 172	167 172
Hafer	148 - 155	149 - 156
Weizenmehl	31,25 - 34,50	31,25 - 34,50
Roggenmehl	27,90 - 28,50	27,90 - 28,50
Weizenkleie	10,25 - 10,50	10,25 - 10,50
Roggenkleie	9,85 - 10,25	9,85 - 10,25.

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 259, Mai 266-266½, Juli bis 273½, Roggen März 195, Mai 202¾, Juli 202. Hafer März 166-167, Mai 176, Juli 182.

Rauhfutternotierungen.

(1.März 1932)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	..... RM	0,85 - 1,05
" " Weizenstroh "	..... RM	0,60 - 0,75
" " Haferstroh "	..... RM	0,65 - 0,80
" " Gerstenstroh "	..... RM	0,65 - 0,80
Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	..... RM	90 - 1,15
Bindfadengepresstes Roggenstroh	..... RM	0,85 - 1 00
" " Weizenstroh	..... RM	0,70 - 0,80
Häcksel Tendenz stetig	..... RM	1,45 - 1,65
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	..... RM	1,20 - 1,40
Gutes Heu, gesund und trocken	..... RM	1,80 - 2,20
Luzerne, lose	..... RM	2,40 2,70
Thymothee, lose	..... RM	2,35 - 2,70
Kleeheu, lose	..... RM	2,30 - 2,60
Drahtgepresstes Heu	..... RM	0,30 über Notiz

Tendenz stetig.

Berliner Viehmarkt.

(1.März.)

SPD. Am Schweine= und Hammelmarkt gab es geringfügige Preisabflachungen, während am Kälbermarkt sich die Preise verbesserten. Die Bewegung beruht durch aus auf dem entsprechenden Angebot und der entsprechenden Nachfrage. Der Rindermarkt war weniger genügend beschickt, was in der Preisentwicklung zum Ausdruck kam.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) - (-), b) (240-300 Pfd.) 42 - 43 (43-), c) (200-240 Pfd.) 40 - 43 (40-43), d) (160-200 Pfd.) 38-40 (38 40), e) (120-160 Pfd.) 35-37 (34-36). Sauen 38 - 40 (38-41). Schafe: b) 34 - 37 (36-38), c) 28-33 (32-35), d) 23-28 (23-30). Kälber: b) 40-46 (38-45), c) 30-40 (30-38), d) 18-28 (18-28). Kühe: a) 24- 27 (24-27), b) 20-23 (20-23), c) 16-20 (15-18), d) 13-15 (12-14).

SPD. Die Konkurswelle scheint immer noch keine Neigung zu haben zurückzufluten. Für den Monat Februar 1932 ergeben sich 1 091 neue Konkurse gegenüber 1 128 im Vormonat. Die Zwangsvergleiche haben sich von 751 auf 789 gesteigert.

SPD. Wie die I.G. Farbenindustrie mitteilt, ist eine Reorganisation des europäischen Farbenkartells durchgeführt worden. An dem bisher bestehenden Abkommen, das u.a. eine Regelung der Marktverhältnisse bezweckt, waren Deutschland, Frankreich und die Schweiz beteiligt. Nunmehr hat sich auch England diesen Vereinbarungen angeschlossen. Das Geschäft nach Amerika wird von dem Abkommen nicht betroffen. Preisbindungen sind nicht vorgesehen.

SPD. Der Reichsernährungsminister hat den Verwendungszwang von Kartoffelstärkemehl zu Backzwecken über den 15. April 1932 hinaus verlängert.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 1.März 1932. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 126, II. 119, abfallende Sorten 109 Mark. Tendenz: ruhig.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der Kampf um Arbeit.

SPD. Der Krisenkongress des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes tritt am Mittwoch, den 23.März, in Berlin im Plenarsaal des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats zusammen. Die Tagesordnung des Kongresses,dessen Zusammentritt vor kurzem vom Bundesausschuss beschlossen worden ist,umfasst nur einen einzigen Punkt: die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung. Nach dem Beschluss des Bundesausschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundessatzung ist den Verbandsvorständen überlassen.-

Die Gewerkschaften geben also deutlich zu erkennen,dass sie nicht gewillt sind, die Frage der Arbeitsbeschaffung von neuem auf die lange Bank schieben zu lassen. Sie werden den von ihnen aufgenommenen Kampf um Arbeit um jeden Preis durchfechten.

+

In den Vereinigten Staaten hat der Präsident des Gewerkschaftsbundes, William Green, die Zahl der Arbeitslosen auf 8,3 Millionen veranschlagt. Nach seiner Ansicht ist die Verdrängung von Menschen durch Maschinen und moderne Arbeitsmethoden in hohem Grad für die Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten verantwortlich. Wie sehr die Maschine in den Vereinigten Staaten Arbeitskräfte freigesetzt hat, geht besonders drastisch aus den Feststellungen des Arbeitsamts der Washingtoner Regierung auf dem Gebiet der Landwirtschaft hervor. Im Zeitraum zwischen 1920/1927 wurden in der Landwirtschaft der Union 2 875 000 menschliche Arbeitskräfte durch technische Verbesserungen entbehrlich. Die freigesetzten mussten in anderen Berufen Beschäftigung finden oder sie blieben beschäftigungslos. Zwischen den Jahre 1920 und 1929 ging die Zahl der Pferde und Maultiere auf den Farmen der Union von 25 199 551 auf 19 476 000 zurück,während die Zahl der Traktoren von 246 083 auf 852 989 stieg. Die Riesenarbeitslosigkeit der Union erklärt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, dass Technisierung und Maschinisierung sich drüben vor allem auch in der Landwirtschaft besonders hemmungslos und ohne genügende volkswirtschaftliche Kontrolle auswirken konnten, viel stärker als in europäischen Ländern.

Die deutschen Bauern machen jetzt bereits darauf aufmerksam,dass Australien und Argentinien sich wieder vom Traktor abwenden und wieder Pferde in die landwirtschaftlichen Betriebe einstellen wollen. "Der badische Bauer" betont, dass ein solcher Vorgang auch der deutschen Landwirtschaft zu denken geben müsse, und "Der Landarbeiter", das Organ des freigewerkschaftlichen Deutschen Landarbeiterverbandes, bemerkt dazu: "Es mag sein, dass unsere deutsche Landwirtschaft noch nicht so ganz amerikanisiert ist,aber wir finden heute auch bei uns, und dies schon bei kleinen und mittleren Bauern,einen Maschinenpark, der einfach in keinem Verhältnis zum Betrieb steht und dessen Vorhandensein nicht nur den Betrieb unnötig belastet, sondern auch die Arbeiterschaft schädigt. Wozu stehen in einem Betrieb ein oder sogar mehrere Mähbinder, die im Jahre günstigenfalls acht bis vierzehn Tage verwendet werden können,oder Kartoffelroder, für die im Jahre zehn Tage Arbeit vorhanden ist usw.? Die übrige Zeit des Jahres stehen diese Maschinen nutz- und zwecklos umher, oft ohne richtig gepflegt zu werden und sind in einigen Jahren vollkommen wertlos. Dann wird überdas hohe Lohnkonto geschimpft."

Nicht nur gegenüber der plan= und hemmungslosen Maschinisierung ist man skeptisch geworden. Schon taucht auch die Frage auf, ob der Grossbetrieb ein Irrtum gewesen sei. So wird in dem "Mitteilungsblatt der Internationalen Union der Organisationen der Arbeiter und Arbeiterinnen der Lebens= und Genussmittelindustrie" im Anschluss an einen kurz kritisch beleuchteten Hinweis der "Mühle", des Organs des Verbandes deutscher Müller, dass die Erdprodukte der kleinsten Mühlen in vielen Fällen billiger seien als die der Grossmühle, bemerkt: "Der Grossbetrieb, in dem der Maschine so viel Arbeit wie nur möglich übertragen wird, ist das Ideal aller jener, die den Menschen von körperlicher Arbeiter befreien und ihm die Zeit für sein Eigenleben, für die Kultur von Körper und Geist zur Verfügung stellen wollen. Wie verlockend dies auch sei, die harte Wirklichkeit ist, dass wir es mit einer Welt zu tun haben, die aus technischem Fortschritt nur Arbeitslosigkeit und Massenelend herauszuholen versteht. Es mag "reaktionär" klingen, aber die Gewerkschafter, die sich um das Alltagslos der heutigen Arbeitergeneration zu kümmern haben, müssen allen Ernstes prüfen, ob der Grossbetrieb nicht auch in die Reihe der zu bekämpfenden Uebel gehört".

Man sieht, an allen Ecken und Enden melden sich die Zweifel an dem Wert der Wirtschaftsformen. Die Menschen wollen leben. Zum Leben brauchen sie Arbeit, und ein Wirtschaftssystem, das ihnen diese Arbeit nicht verschaffen kann, muss zu Grunde gehen. Ob mit Grossbetrieb oder mit Kleinbetrieb, ob mit Traktor oder mit Pferd - leben wollen die Menschen. Für sie ist entscheidend nur das eine: Arbeit und Brot um jeden Preis!

Was sollen gegenüber einer solchen Aufgabe die ewigen Zänkereien um Nebensächlichkeiten - z.B. um den Freiwilligen Arbeitsdienst. "Der Jungdeutsche", der die Idee des freiwilligen Arbeitsdienstes als Steckenpferd reitet, vertreibt sich gar zu gern immer wieder die Zeit damit, der Sozialdemokratie vorzuwerfen, dass sie für den Freiwilligen Arbeitsdienst gar nichts übrig habe. Der Jungdeutsche ist im Irrtum. Wenn durch den Freiwilligen morgen wirklich etwas Durchgreifendes zur Entlastung des Arbeitsmarktes geleistet werden könnte: Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften wären die ersten, die sich dann für ihn mit aller Kraft einsetzten. Einstweilen sind aber im Freiwilligen Arbeitsdienst ganze 20 000 Mann beschäftigt, etwa 0,3 Prozent der Arbeitslose, und das, obwohl in den Amtsstuben Geneigtheit besteht, die Notstandsarbeiten bisheriger Art überhaupt einzustellen, um hierfür etwa verfügbare Mittel für Massnahmen des Freiwilligen Arbeitsdienstes zu verwenden. Von hier droht, wie vor kurzem erst die "Gewerkschaftszeitung" hervorgehoben hat, Gefahr, dass der Arbeitsmarkt noch weiter verschlechtert wird. Die Gewerkschaften verwerfen den freiwilligen Arbeitsdienst keineswegs durchweg. Soweit er mithelfen kann, der Not zu steuern, soll er es tun.

Die Arbeitsbeschaffungsparole der freien Gewerkschaften lautet: Was hilft, ist gut! Der Krisenkongress tagt kurz vor Ostern. Die Arbeit soll auferstehen!

SPD. Der Deutsche Metallarbeiter=Verband und der Gewerksverein Hirsch=Duncker klagten beim Düsseldorfer Arbeitsgericht gegen Eisen=Nordwest zwecks Feststellung, dass der Lohnausgleich aus dem Schiedsspruch vom 15. Dezember 1927 für die damals erfolgte Arbeitszeitverkürzung auch nach dem 1. Januar 1932 zu zahlen sei. Die Firmen haben das bisher verweigert mit der Begründung, der Schiedsspruch vom 15. Dezember 1931 habe den Tarif vom 18. Februar 1927 in Kraft gesetzt, der den Lohnausgleich nicht enthalte. Demgegenüber betonten die Kläger, der Lohnausgleich sei in zwei Abkommen vom Jahre 1928 festgelegt und stelle ein selbständiges Tarifwerk dar, das nicht gekündigt oder beseitigt sei. Zum anderen sei der Lohnausgleich in dem Severing=Schiedsspruch vom Dezember 1928 in die Arbeitszeitverkürzung aufgenommen und diese